

Antieuropäer in Ungarn in die Schranken weisen - Soziales Europa vorantreiben!

13.4.2018

Liebe Leserinnen und Leser,

gut ein Jahr noch, dann sind die Europäerinnen und Europäer wieder aufgerufen, ihre Bürgervertretung in Brüssel zu wählen. Ein Jahr, in dem wir wichtige Entscheidungen für die Zukunft Europas zu treffen haben. Ein Jahr, das verspricht, spannend zu werden.



Klar ist nach dem vergangenen Sonntag: Die Gefahr durch populistische, nationalistische und antieuropäische Kräfte ist nicht gebannt. Viktor Orbán, der auch mit antisemitischen Ressentiments spielt, hat in den vergangenen Wochen eine schamlose Angstkampagne gegen Migrantinnen und Migranten gefahren und war damit erfolgreich: Die ungarischen Wählerinnen und Wähler haben sich erneut für ihn und seine Fidesz-Partei ausgesprochen. Ein weiterer bitterer Sieg für den Populismus auf Kosten der Schwächsten. Für Europa bedeutet das: Ungarn wird aller Voraussicht nach seinen Konfrontationskurs fortsetzen und europäische Werte weiterhin missachten. Das betrifft auch die Aushöhlung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im eigenen Land. Doch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die demokratischen und progressiven Kräfte in Ungarn nicht alleine lassen und werden dafür kämpfen, die Rechtsstaatlichkeit im Land zu retten. Deswegen unterstützen wir die Forderung, Artikel 7(1) der EU-Verträge gegen Ungarn wegen der Gefährdung europäischer Grundwerte einzuleiten. Ob wir damit Erfolg haben, hängt auch maßgeblich davon ab, wie sich Orbáns Parteienfamilie – die konservative EVP, zu der auch CDU/CSU gehören – im Parlament verhält. In den vergangenen Wochen haben die Konservativen den ungarischen Hardliner hofiert, statt ihn zu kritisieren. Aus unserer Sicht indiskutabel. Wir erwarten, dass die Unionsparteien Orbán endlich in die Schranken weisen!

Die ungarische Misere schadet letztlich ganz Europa. Mit antieuropäischen Mitgliedstaaten dürfte es schwer werden, im Rat die dringend nötigen Reformen auf den Weg zu bringen, also beispielsweise eine bessere finanzielle Ausstattung der EU sowie eine Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem europäischen Währungsfonds. Solche und weitere Vorschläge zur Stärkung der EU, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit vielen Jahren vertreten und auch erfolgreich in den Berliner Koalitionsvertrag verhandelt haben, haben in dem neuen französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron einen Unterstützer gefunden. Entsprechend groß ist die Spannung vor der Rede Macrons kommende Woche in Straßburg. Wird er die Vorschläge aus seinen Reden an der Pariser Sorbonne und in Athen konkretisieren? Hat er einen Fahrplan für die Umsetzung? Und vor allem: Ist er sozialpolitisch mit uns auf Augenhöhe? Denn eine Reform der EU bedeutet für uns auch und vor allem, dass wir ein sozialeres Europa schaffen.

Die S&D-Fraktion im Europaparlament wird jedenfalls – ob nun mit Macron an unserer Seite oder ohne ihn – für dieses bessere Europa kämpfen und dabei auch die Erneuerung der europäischen Sozialdemokratie vorantreiben. Wir freuen uns besonders, dass sich mit [Udo Bullmann](#) jetzt einer unserer Abgeordneten dieser Aufgabe als neuer Fraktionsvorsitzender widmet. Nachdem der bisherige Fraktionschef Gianni Pittella in den italienischen Senat gewählt wurde, konnte [Udo Bullmann](#), der bis Ende 2016 Chef der SPD-Gruppe war und anschließend stellvertretender Fraktionsvorsitzender, die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen. Mit ihm übernimmt ein profilierter und hochgeschätzter Abgeordneter die Führung der Fraktion. Wir gratulieren an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich und wünschen ihm alles Gute!



Facebook-Datenskandal aufklären!

Im März 2018 wurde bekannt, dass offenbar die Daten von Nutzern einer Facebook-App und ihrer Freunde für die Manipulation von Wahlen missbraucht wurden. Wir fordern Aufklärung - und robuste Regeln gegen Datenmissbrauch.

→ [weiterlesen](#)



Bio-Produkte nicht in die Nische zurückdrängen!

Ob Bio-Eier, -Fleisch oder -Salat: Produkte aus ökologischer Herstellung sind längst in den meisten Supermarktregalen angekommen. Eine neue EU-Verordnung könnte sie jedoch in die Nische zurückdrängen.

→ [weiterlesen](#)



Mehr Transparenz bei der Genehmigung und Marktüberwachung von PKW!

Der Dieselskandal hat gezeigt, dass das jetzige System der Genehmigung und Marktüberwachung von PKW im EU-Binnenmarkt nicht funktioniert und anfällig für Betrug ist. Nun sollen neue Regeln verabschiedet werden.

→ [weiterlesen](#)